

Aufruf zur Demonstration

Keine Hermesbürgschaft für den Ilisu-Staudamm in der Türkei!

Keine Beteiligung am Skandalprojekt, das kostbare Kulturgüter wie Hasankeyf und das einmalige Ökosystem des Tigris zerstören wird!

Keine Vertreibung und Verarmung von über 55.000 Menschen!

Im Dezember 2006 hat die Bundesregierung dem deutschen Bauunternehmen Züblin eine Grundsatzzusage für eine Hermesbürgschaft für den gigantischen Ilisu-Staudamm gegeben, der im Südosten der Türkei den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen soll.

Der Bau des Ilisu-Staudammes droht die mindestens 9000 Jahre alte Stadt Hasankeyf und weitere 300 archäologische Stätten durch Überflutung unwiederbringlich zu zerstören.

Etwa 55.000 Menschen sollen umgesiedelt werden, für die meisten von ihnen ein direkter Weg in die Armut.

Das komplexe und reiche Ökosystem des Tigris mit hunderten von Tier- und Pflanzenarten ist durch den Ilisu-Stausee bedroht.

Der Bau von Ilisu und weiteren geplanten Staudämmen in dieser Region erhöht das Konfliktpotenzial um Wasser zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien.

Nichtregierungsorganisationen, Kommunen und Einzelpersonen aus der betroffenen Gegend im kurdisch besiedelten Südosten Anatoliens sowie Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland und Europa protestieren seit langem gegen dieses Projekt. Über 80 % der betroffenen Menschen und praktisch alle betroffenen Kommunen haben sich klar gegen dieses Projekt ausgesprochen, die irakische Regierung kritisiert es offiziell und umfangreiche Gutachten fällen ein vernichtendes Urteil über die Projektplanung. Dennoch ist die deutsche Regierung bereit, mit öffentlichen Geldern für dieses Projekt zu haften! Angeblich sollen Auflagen und Bedingungen das geplante Projekt verbessern. Diese Auflagen jedoch hält die Bundesregierung geheim und verweigert damit Nichtregierungsorganisationen und den Betroffenen die Mitsprachemöglichkeit. Ohne eine deutsche Hermesbürgschaft ist der Bau des Ilisu-Staudammes unwahrscheinlich. Deshalb ist die Entscheidung der deutschen Regierung grundlegend! Die Zeit ist daher mehr als reif für Protest!

Demonstration am Freitag, den 2. Februar 2007, 17 Uhr in Berlin

Beginn: Auswärtiges Amt, Werder Straße (Ecke Werderscher Markt)

Ende: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Stresemannstr. 94

Es sprechen u.a.: **Ute Koczy, MdB Bündnis 90 / Die Grünen**
N.N., Initiative zur Rettung von Hasankeyf (Türkei)

Dieser Aufruf wird unterstützt von: Mesopotamischer Kurdischer Kulturverein Berlin e.V., ISKU - Infostelle Kurdistan e.V., YXK- Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V., Zanin – Kurdischer Studierendenverein Hannover e.V., Verein der freien Frauen aus Mesopotamien e.V., Kurdistanhilfe e.V., Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) e.V., urgewald e.V., Foodfirst Information & Action Network (FIAN) e.V., International Rivers Network (IRN), Bundesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen, Linkspartei.PDS Berlin